

Amerika und die Weltpolitik

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **24 (1944-1945)**

Heft 6

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

suchen», sind entweder Besiegte oder Sieger, je nach dem Stoffe, aus dem sie geschaffen sind. Annette, Marc, Assia haben, trotz allem, den Glauben ins Leben, in den wesenhaften, harmonischen Grund der Lebewesen. Dieser Glaube aber ist das Wesentliche: Ohne ihn gibt es keine Tat.

Eine tiefe Philosophie des Lebens geht aus dem ganzen Buche hervor: Das Leben ist eine weite Werkstatt, in der alles beständige Schöpfung ist. Die Hauptsache ist, daß man auf der richtigen Linie sei, auf dem Marsch nach vorwärts. Auf die einzelmenschlichen Beziehungen, die er nie vom Ganzen trennt, überträgt Romain Rolland die große Linie des Weltganzen, seine Bewegung, seine Wirksamkeit, seine schöpferische Fruchtbarkeit. Weil Rolland diese ununterbrochene Linie sieht, die über die Gegenwart hinausgeht und ihr erst ihre wahrhafte Bedeutung innerhalb des Ganzen verleiht, kann er derart erfüllt sein von einer vitalen, kräftigenden Lebensbejahung, aus der Energien in uns selber hinüberströmen. Er hat Glauben in das Leben, in seinen tiefen Sinn; er hat auch Glauben in den Einzelmenschen, doch nur in einen solchen, der — wie er ihn sehen möchte — weit, frei von enger Selbstsucht und fähig wäre, auf seine Ansprüche zu verzichten, wenn es darum geht, einer großen Sache zu dienen.

Das Werk Romain Rollands, vermöge seines umfassenden Weltbildes und der starken Lebensenergie, die ihn selber belebt und die ihn antreibt, zu kämpfen und zu handeln, gehört zu der gewichtigen Linie der großen Menschheitswerke. Es bietet uns eine gehaltvolle Nahrung und ist ein immer junger, Herz und Geist erfrischender Quell des Lebens und der Kraft. Das Werk Romain Rollands und sein ganzes Leben können nicht voneinander getrennt werden: Das eine ist ein Abbild des andern.

S. E.

Amerika und die Weltpolitik

Von H u g o K r a m e r

Die Weltpolitik der Vereinigten Staaten bestand in den letzten vierzig Jahren darin, daß sie *keine* Weltpolitik war. Das ist, kurz, eine der Grundthesen, die *Walter Lippmann*, gegenwärtig wohl der gelesenste und einflußreichste amerikanische Journalist, in seinem Buch «*Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten*» verfißt. Das Buch hat drüben großes Aufsehen erregt; es liegt jetzt auch in einer flüssigen deutschen Übersetzung (erschienen im Schweizer-Spiegel-Verlag Zürich) vor und sollte von all denen gelesen werden, denen die rechte außenpolitische Orientierung der Schweiz ein wichtiges Anliegen ist. Denn kann man von der Schweiz nicht Ähnliches sagen wie von Amerika: sie hat bisher nie eine eigentliche, klare außenpolitische Linie verfolgt? Beim Lesen von Lippmanns Buch wird man auf jeden Fall immer wieder an gewisse fatale Ähnlichkeiten mit der schweizerischen Haltung erinnert, die sich auch mit ein paar simplen «Leitsätzen» über die «ewige», «selbstverständliche», «inte-

grale» Neutralität begnügen zu können glaubte und nur durch ein besonderes Glück vor den verhängnisvollen Wirkungen verschont blieb, die für die Vereinigten Staaten eine rein gefühlsmäßig-egoistische, die Tatsachen des internationalen Lebens verkennende Isolierungspolitik hatte.

Lippmann bekennt sich selber mitschuldig an dieser Selbstisolierung. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, so sagt er, kümmerte er sich überhaupt nicht um Außenpolitik. Wenige Tage nach der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands in Serajewo schiffte er sich wohlgenut nach Europa ein und verlebte «einen wundervollen Monat Juli» in London und dann an der See, wo er einen von den Webbs und von Bernard Shaw geleiteten Ferienkurs — offenbar einen solchen der Fabier-Gesellschaft — besuchte. «Ich kann mich nicht erinnern, daß die serbische Krise überhaupt diskutiert wurde, und ich kümmerte mich so wenig darum, daß ich in der letzten Juliwoche nach Belgien fuhr, mich in Ostende, Brügge und Gent aufhielt, nach Brüssel reiste und ein Billett via Deutschland nach der Schweiz kaufte, wo ich einige Paßwanderungen zu machen gedachte. Ich weiß noch, wie erstaunt und verärgert ich war, als ich auf dem Bahnhof erfuhr, die deutsche Grenze sei gesperrt, weil Deutschland an Belgien ein Ultimatum gestellt habe.»

Die überholte Monroe-Doktrin

Dieselbe Gleichgültigkeit und Verständnislosigkeit für weltpolitische Zusammenhänge kennzeichnete die große Masse der Amerikaner überhaupt. Warum? Lippmann antwortet: Weil sich das Volk der Vereinigten Staaten keinerlei Rechenschaft über die grundlegende Veränderung seiner Stellung zur übrigen Welt gab, die ungefähr seit 1900 eingetreten war. In dem Jahrhundert vorher war diese Stellung ohne weiteres gegeben und jedenfalls den führenden Staatsmännern klar bewußt gewesen. Sie beruhte auf der Monroe-Doktrin, also der von Präsident Monroe im Einverständnis mit den früheren Präsidenten Madison und Jefferson erlassenen Erklärung, daß von nun an (1823) die Vereinigten Staaten jeder Schaffung von neuen europäischen Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent Widerstand leisten würden, auch wenn es darüber zum Kriege kommen sollte. Das war eine weitreichende Verpflichtung, die — weil auch Mittel- und Südamerika umfassend — den Rahmen einer bloß «nationalen», an den Landesgrenzen aufgehenden Politik bereits sprengte. Wer sich in die Angelegenheiten irgendeines amerikanischen Staates einmischte, der gefährdete die Sicherheit der nördlichen Union — das war der Grundsatz. Er konnte nur aufgestellt werden, weil die Leiter der amerikanischen Politik die Gewißheit hatten, daß im Notfalle Großbritannien mit seiner Flotte bereit stünde, ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Denn aus eigener Kraft hätten die Vereinigten Staaten die Monroe-Doktrin niemals durchsetzen können; schon damals waren sie für die Aufrechterhaltung ihrer nationalen Sicherheit auf fremde Hilfe angewiesen. Und wenn auch gelegentlich — so besonders anläßlich des mexikanischen Abenteuers Napoleons III. — die Monroe-Doktrin verletzt wurde, so blieb das dank glücklichen Umständen doch ohne dauernd ungünstige Folgen für die Union. Tatsächlich stand eben doch die Macht

Englands hinter den Vereinigten Staaten und gewährleistete deren Sicherheit. Nur blieb dieser Sachverhalt dem amerikanischen Volke im wesentlichen verborgen. Es blieb in dem Glauben, daß die Monroe-Doktrin, daß die ungeheure Verpflichtung, die ganze westliche Halbkugel zu schützen, durch eigene nordamerikanische Machtmittel gedeckt sei, und ließ es «an der Vorsicht fehlen, die von den Vätern der Verfassung so konsequent geübt worden war, nämlich die Risiken der eigenen Bindungen nicht zu unterschätzen und die eigene Macht nicht zu überschätzen».

Imperialismus ohne Militärmacht

Damit verstieß die amerikanische Nation aber gegen «das zwingende und, wenn einmal erkannt, von selbst einleuchtende gemeinsame Prinzip aller wahren Außenpolitik»: die nationalen Verpflichtungen und Ziele in Übereinstimmung mit den zur Verfügung stehenden Machtmitteln zu bringen. Ohne Beachtung dieses Grundsatzes, so betont Lippmann aufs eindringlichste, ist eine wirkliche Außenpolitik überhaupt nicht zu denken. «Und doch läßt die Geschichte unserer Taten und Deklarationen während der letzten fünfzig Jahre deutlich erkennen, daß die amerikanischen Staatsmänner und das amerikanische Volk sich nur selten und nie konsequent von diesem elementaren Prinzip des praktischen Lebens haben leiten lassen.» Das mochte weiter keine sichtbaren schlimmen Folgen haben, solange sich die nordamerikanische Außenpolitik in der Hauptsache in den gleichen Bahnen bewegte wie zu der Zeit, da die Monroe-Doktrin formuliert wurde. Großbritannien hatte ja selbst ein Lebensinteresse an deren Durchsetzung, und das stillschweigende englisch-amerikanische Bündnis genügte, um das Gleichgewicht im Atlantischen Ozean aufrechtzuerhalten. Wie aber, wenn die Politik der Vereinigten Staaten weiter ausgriff und sich Ziele setzte, die über die Abwehr ausländischer Einmischung in die unmittelbaren Angelegenheiten des amerikanischen Erdteiles hinausgingen?

Dieser Fall trat tatsächlich ein, als im Gefolge des spanisch-amerikanischen Krieges von 1898 die Vereinigten Staaten die Philippinen erwarben und sich in Ostasien eine große Machtstellung schufen. Mit anderen Worten: als die Periode des eigentlichen nordamerikanischen Imperialismus begann. Theodore Roosevelt, der die Annexion der Philippinen im Senat durchdrückte, erkannte wohl, daß dieser Vorstoß neue Machtsicherungen verlangte. Er bestand deshalb darauf, daß der Panamakanal gebaut wurde, damit die Flotte, die bedeutend vergrößert werden mußte, möglichst rasch in jedem der beiden Ozeane versammelt werden konnte. Auch tat er sein Bestes, um sich Großbritannien als Bundesgenossen zu sichern, falls es im Zusammenhang mit den Verschiebungen in der weltpolitischen Lage und der imperialistischen Politik Deutschlands zu einem Kriege kommen sollte. Aber Theodore Roosevelts Nachfolger vernachlässigten die Weiterverfolgung dieser Linie und ließen insbesondere, auch wenn sie selber klarer sahen, das Volk in der Illusion verharren, daß die neuen «Verpflichtungen» der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik durch eigene Machtmittel gedeckt seien, ja daß alles,

was sich außerhalb der engeren amerikanischen Interessenzone abspiele, die Lebensinteressen der Union nicht berühre.

Kriegführung — aber warum?

Die unvermeidliche Katastrophe kam dann 1914 mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges. Wilson erkannte deutlich, daß damit auch die Sicherheit der Vereinigten Staaten in Frage gestellt war. Aber die Nation stand nicht hinter ihm. Sie hatte keine Ahnung davon, «ob überhaupt, warum, wann, wo, wie und zu welchem Zweck die Vereinigten Staaten ihren Platz in diesem Krieg einnehmen sollten». So schwankte Wilson zwei Jahre lang hin und her. Im April 1917 mußte er sich dennoch zum Eintritt in den Krieg entschließen. Den Anlaß bot der rücksichtslose deutsche Unterseebootskrieg gegen die amerikanische Handelsschiffahrt. «Aber der tatsächliche und zwingende Grund für den Kriegseintritt», so sagt Lippmann, «lag darin, daß die Unterbrechung der atlantischen Kommunikationen die Aushungerung Englands und infolgedessen die Niederwerfung des westlichen Europas durch das imperialistische Deutschland zur Folge gehabt hätte». Das mußte vermieden werden. Im Fall eines deutschen Sieges wären die Vereinigten Staaten einem neuen und eroberungslustigen Deutschen Reich gegenübergestanden, das England, Frankreich und Rußland zu seinen Vasallen und Japan zu seinen Bundesgenossen gezählt hätte. Die Verteidigung der westlichen Halbkugel hätte eine ungeheure Kriegsrüstung erfordert, die «die Welt für die amerikanischen Demokratien von Kanada bis nach Argentinien unsicher gemacht hätte».

Der Bankrott des Isolationismus

Die Lebensgefahr für die Vereinigten Staaten wurde durch den Sieg der Verbündeten Nationen abgewehrt. Aber dem Volk der amerikanischen Union wurde nie klar, warum es eigentlich Krieg geführt hatte. Man gab ihm allerhand völkerrechtliche, moralische und idealistische Gründe für die Kriegsbeteiligung Amerikas an, aber den wahren, den entscheidenden Grund sprach man nie unumwunden aus: daß es die Sicherheit der Vereinigten Staaten erfordere, keine so angriffig-imperialistische Großmacht wie das Deutsche Reich die Herrschaft im Atlantischen Ozean und darüber hinaus gewinnen zu lassen. So stand einer tendenziösen Propaganda, die dem amerikanischen Volk einflüsterte, es habe sich durch das internationale Kapital und die englische Diplomatie in einen völlig unamerikanischen Krieg hineinmanövrieren lassen, Tür und Tor offen. Der Völkerbund erschien ihm nur als eine gefährliche Verstrickung in machtpolitische außeramerikanische Interessen, ohne daß Wilson die Klarheit und Kraft aufgebracht hätte, den *Völkerbund* auf eine offene Allianz derjenigen Mächte zu begründen, die an der Sicherung des Friedens gegen ein ausdehnungshungriges Deutschland — und Japan! — lebendig interessiert waren. Der Völkerbund hätte dem amerikanischen Volk nur dann als amerikanische Notwendigkeit klar gemacht werden können, wenn «die Teilnahme Amerikas praktisch einem Bündnis mit England und indirekt auch mit Frankreich gleichgekommen wäre». So wurde der Völkerbund

von der amerikanischen Bundesversammlung verworfen, aber gleichzeitig versäumten es die Vereinigten Staaten, ihre Sicherheit gegen die Bedrohung von Ost und West aus eigener Kraft — soweit das überhaupt möglich gewesen wäre — zu gewährleisten. Sie rüsteten vielmehr militärisch ab, legten der Rüstung Englands und Frankreichs durch das Waffenausfuhrverbot Hindernisse in den Weg, belieferten gleichzeitig (was Lippmann freilich nicht erwähnt) Japan mit Petrol und sonstigen kriegswichtigen Rohstoffen, und kündigten noch wenige Monate vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges den Handelsvertrag mit Japan, erklärten also Japan den wirtschaftlichen Krieg. «Eine solch ungeheuerlich leichtsinnige Handlungsweise galt bei Ausbruch des gegenwärtigen Krieges als amerikanische Außenpolitik», urteilt Lippmann. «Das Festhalten an dieser ursprünglichen und heute veralteten Politik ist als ‚Isolationismus‘ bekannt . . . Der richtige Name für eine Politik, Verpflichtungen zu unterhalten, ohne für die entsprechende Erweiterung der Macht und der Bündnisse besorgt zu sein, ist nicht Isolationismus, sondern Insolvenz.»

Solidarische Friedenswahrung

Es bedurfte des furchtbaren Stoßes von Pearl Harbour, um die amerikanische Nation aus ihrer lebensgefährlichen Täuschung aufzuwecken. Roosevelt hatte durch Jahre hindurch vergeblich, oder doch mit ungenügendem Erfolg, versucht, seinem Volke die wahre Lage klarzumachen. Erst der brutale japanische Angriff, im Verein mit der Kriegsansage Deutschlands, brachte dem Durchschnittsamerikaner zum wachen Bewußtsein, daß die Isolierungspolitik elend Bankerott gemacht hatte, und daß die Vereinigten Staaten an der Seite der Alliierten mit Blut, Schweiß und Tränen wieder gutmachen mußten, was sie in Selbstverblendung während zwanzig entscheidungsvollen Jahren gesündigt hatten.

Und die Lehre aus vierzig Jahren ohne Außenpolitik, aus dieser zweimaligen Verwicklung in einen Weltkrieg, an dem sich die Vereinigten Staaten beteiligen *mußten*, wenn sie sich nicht als freie Nation aufgeben wollten? Lippmann zieht sie, indem er feststellt, daß das Ziel einer wirklichen Außenpolitik sein müsse, eine *umfassende Mächtekoalition* zustande zu bringen, die allfällige Feinde von vornherein isoliere, statt sich selber ihnen gegenüber zu isolieren. «Die Isolierung ist für jeden Staat die schlimmste Lage, in die er geraten kann. Glied einer Mächtegruppierung zu sein, auf die man sich in Krieg und Frieden verlassen kann, bedeutet den höchsten Grad von Sicherheit, der in dieser Welt zahlreicher souveräner Staaten erreichbar ist.» Nicht bloß sich gegen eine Niederlage im Kriegsfall zu schützen, sondern auch einen Frieden zu organisieren, der *Kriege überhaupt verhindert* — das muß die Aufgabe sein.

Den Kern derjenigen Sicherheitsorganisation, die in Zukunft einen Krieg zu verhindern imstande sein wird, muß nach Lippmanns Überzeugung die *Gemeinschaft der atlantischen Staaten* bilden: die nord- und südamerikanischen Republiken, das Britische Reich, Frankreich, Holland, Belgien und Norwegen. Denn der Atlantische Ozean ist längst nicht mehr die Grenze zwischen Europa und Amerika. «Er ist das Binnenmeer inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, die durch ihre geographische

Lage, ihre Geschichte und ihre ureigensten Lebensinteressen miteinander verbunden sind.» Darüber hinaus aber erhebt sich die große Frage, ob die Atlantikgemeinschaft auch zu *Rußland* ein dauernd freundschaftliches Verhältnis gewinnen und bewahren kann. Lippmann antwortet darauf mit einem Ja, weil er glaubt, daß trotz allen unvermeidlichen Reibungen zwischen der Sowjetunion und den Gliedern der atlantischen Gruppe beide Teile ein gemeinsames Interesse an einer europäischen Ordnung haben, die sie in keinerlei Konflikte bringt. Hier taucht natürlich das Problem der östlichen und südöstlichen «*Randstaaten*» auf. Lippmann hält es nur für lösbar, wenn diese Staaten — soweit sie sich nicht mit Rußland unmittelbar verbünden, wie das für die Tschechoslowakei, Bulgarien und Rumänien denkbar ist — eine Politik strengster Neutralität führen, die sie weder in Gegensatz zu Rußland brächte, noch ihre Freiheit bedrohte. Ob Rußland eine solche Lösung annimmt, das bleibt freilich abzuwarten; es kann sich im übrigen auch nur um eine vorläufige Regelung handeln, denn Neutralität setzt Fortdauer der Machtpolitik voraus und wird in dem Maße gegenstandslos, als sich ein wirkliches Rechtsverhältnis zwischen den Staaten, den großen wie den kleinen, herausbildet. Bis dahin mag eine kühle Neutralität die Randstaaten, insbesondere Finnland, Polen und Ungarn, vor dem Schicksal bewahren, Trabanten der Sowjetunion zu werden, die sich auf keine andere Weise gegen Gefahrenherde an ihrer Grenze zu schützen wüßte.

Schließlich müßte sich die «Kernallianz» der friedenswilligen Staaten für Asien auf *China* stützen. Hier stehen wir zweifellos vor gewaltigen Umwälzungen, in deren Mittelpunkt sich die werdende Großmacht China befinden wird. China nicht zum Ausbeutungsgegenstand *einer* Macht werden zu lassen, war seit bald hundert Jahren ein Hauptziel der amerikanischen «Politik der offenen Tür»; die Weigerung der Vereinigten Staaten, Japan in China freie Hand zu gewähren, war geradezu der Ausgangspunkt des japanischen Angriffes auf die amerikanische Union, so wie Großbritanniens und Frankreichs Weigerung, Deutschland im Osten freie Hand zu lassen, den deutschen Angriff in Europa nach sich zog. An der Entwicklung Chinas zu einer einheitlichen, unabhängigen Großmacht hat aber auch Rußland ein wesentliches Interesse, so daß sich hier kaum unüberbrückbare Gegensätze zwischen der nordamerikanischen und der Sowjetunion ergeben werden.

Auf dem Wege zum neuen Völkerbund

Und die *Mittel- und Kleinstaaten* der ganzen Welt — in welchem Verhältnis werden sie zu der Kernallianz der vier Großmächte ersten Ranges stehen? Werden sie bloße Trabanten der Riesenstaaten werden, um die sie ohne wirkliches Eigenleben zu kreisen gezwungen wären? Lippmann ist anderer Meinung. Er glaubt, daß die Notwendigkeit, die Weltorganisation zur Sicherung des Friedens zusammenzuhalten, die Großmächte zu einer liberalen, auf das Recht begründeten Politik gegenüber den schwächeren Völkern direkt verpflichten werde. Eine amerikanische Politik der imperialistischen Machterweiterung auf Kosten des Britischen Reiches müßte die atlantische Gemeinschaft hoffnungslos zer-

rütten. Eine britische Politik aber, die sich weigerte, die notwendigen Änderungen am bisherigen Kolonial- und Reichssystem anzuerkennen — Indien! —, würde in Asien, im Mittleren Osten und in Afrika revolutionäre Kräfte wecken. In gleicher Weise müßte eine russische Politik, die die Freiheit der Randstaaten gefährdete, von England und Amerika als solche Bedrohung empfunden werden, daß sie diese Nationen in ihrem Widerstand gegen die Sowjetunion bestärken würden — mit den entsprechenden Rückwirkungen auf den Zusammenhalt der Weltallianz. In Asien aber würde eine russische Ausdehnungspolitik gegenüber China die russisch-amerikanischen Beziehungen im nördlichen Pazifik und in der Arktis schwer stören, während andererseits eine antirussische Politik von der Art, wie sie nach dem ersten Weltkrieg betrieben wurde, die Sowjetunion zum Kampf gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten auf den Plan rufen müßte. Und schließlich könnte auch China keine Machterweiterung in Ostasien suchen, ohne bei Großbritannien, Nordamerika, Frankreich, Holland, Australien und Neuseeland auf Widerstand zu stoßen. So wird, nach der Überzeugung Lippmanns, die Notwendigkeit, die militaristisch-imperialistische Wiedererhebung Deutschlands und Japans zu verhindern, die Siegermächte des zweiten Weltkrieges veranlassen, eine internationale Ordnung zu entwickeln, welche die nationale Freiheit der anderen Völker achtet. Eine Beherrschung Mittel- und Osteuropas oder der asiatischen und afrikanischen Länder durch die vereinigten Weltmächte oder durch die rivalisierenden Einzelreiche kommt deshalb so wenig in Frage wie eine koloniale oder halbkoloniale Ausbeutung der übrigen Menschheit durch die Allianz der Großen, sofern darob nicht der eigentliche Zweck der Allianz, die Friedenssicherung gegenüber Deutschland und Japan, verloren gehen soll. Der Widerstand der ausgebeuteten oder unterdrückten Völker wäre so groß, daß früher oder später eine der «Herrenmächte» die Allianz sprengen und gemeinsame Sache mit den Widerstand leistenden Völkern machen würde. Auch die Aufteilung der Erde in Einflußzonen, die die vier Großmächte nach Gutdünken beherrschen und ausbeuten könnten, ist praktisch ausgeschlossen; die Interessen greifen hier überall so stark ineinander, daß eine einigermaßen saubere Abgrenzung gar nicht möglich ist und nur die Wahl bliebe, entweder Konflikte zu riskieren, die den Bund der Großmächte sprengen würden, oder aber auf eine solche Aufteilung und Beherrschung eben zu verzichten. «Die unerbittliche Logik ihrer Allianz fordert, daß sie (die vier Großmächte) die Freiheit der Völker außerhalb ihrer Verbindung respektieren.» Und sie gibt der begründeten Hoffnung Raum — so fügen wir hinzu —, daß sich aus der zunächst unvermeidlicherweise auf eine Machtallianz begründeten Weltorganisation zur Friedenssicherung mit der Zeit ein echter und beständiger Völkerbund entwickeln wird, der sich auf die Gleichberechtigung aller seiner Glieder, ähnlich der Gleichberechtigung unserer Kantone im Rahmen des Bundes, stützen wird.

Weltplanwirtschaft statt Imperialismus

Unter *einer* Bedingung freilich: daß nämlich die blinden, anarchischen

Kräfte innerhalb der vier Großmächte, insbesondere der kapitalistische Imperialismus, nicht doch übermächtig werden. Lippmanns Zukunftschau hat unzweifelhaft die Logik für sich. Aber Kapitalismus und Imperialismus haben sich noch nie um Logik gekümmert. Sonst hätten wir weder den ersten noch den zweiten Weltkrieg bekommen. Daß sich die Vereinigten Staaten gegenüber dem ersten Völkerbund desinteressierten, daß Großbritannien und Frankreich die durchaus gegebenen Möglichkeiten, mit Hilfe des Völkerbundes den Frieden zu sichern, nicht benützten, vielmehr dem faschistisch-nazistischen Imperialismus direkt in die Hände arbeiteten, lag nicht in einem Mangel an vernünftiger Einsicht in die Voraussetzungen einer wirklichen Friedensordnung begründet; es hatte seine Ursache in kapitalistischen Klassen- und Machtinteressen. Und daß diese Interessen, trotz der entsetzlichen Lektion, die die Völker bekommen haben, auch nach diesem Krieg sehr stark sein, ja daß sie vielleicht versuchen werden, sich mit den gleichlaufenden Interessen der geschlagenen faschistischen Mächte zu verbünden, dafür sprechen ernste Gründe. Lippmann übersieht sie sicher nicht einfach; aber als typischer Liberaler — im bürgerlichen Sinn — unterschätzt er sie wohl gewaltig, ebenso wie er in seinem ganzen Buch die auf seiten der alliierten Mächte, namentlich Amerikas, in der Vergangenheit wirkenden imperialistischen Kräfte immer nur verhüllend und abschwächend, ja sogar naiv idealisierend erwähnt, trotzdem sie wahrlich in der Vorgeschichte des ersten wie des zweiten Weltkrieges eine entscheidende Rolle gespielt haben. Wir müssen deshalb seinen Schlußfolgerungen die wesentliche Ergänzung beifügen, daß der Zusammenhalt der «Kernallianz» der Großmächte nur gesichert sein und daraus nur dann eine föderative Friedensorganisation erwachsen wird, wenn gleichzeitig der Kampf der kapitalistischen Imperialismen durch die Zusammenarbeit der Völker im Rahmen einer solidarischen, mehr und mehr sozialistischen Weltplanwirtschaft überwunden werden wird. Der Gedanke der kollektiven Friedenssicherung wird nach dem Kriege sicher einen mächtigen Aufschwung nehmen. Er wird sich aber nur in dem Maß durchsetzen, als auch der Gedanke der kollektiven Wirtschaftsführung, der Plan- und Gemeinwirtschaft, die Völker erobert.

Die schweizerische Neutralität

Von Arthur Schmid

I.

Die Neutralität ist ein Grundsatz unserer Außenpolitik. Sie bestimmt in *weitgehendem* Maße unser Verhalten zu andern Staaten, insbesondere in *Kriegszeiten*.

Die Neutralität gilt nur für den Staat. Seine Politik im Verkehr mit andern Staaten muß Rücksicht auf diesen Grundsatz nehmen. Der einzelne Staatsbürger hat selbstverständlich seine freie Meinung. Nie kann die Neutralität die *Gesinnung* der Staatsbürger bestimmen. Jeder Schwei-